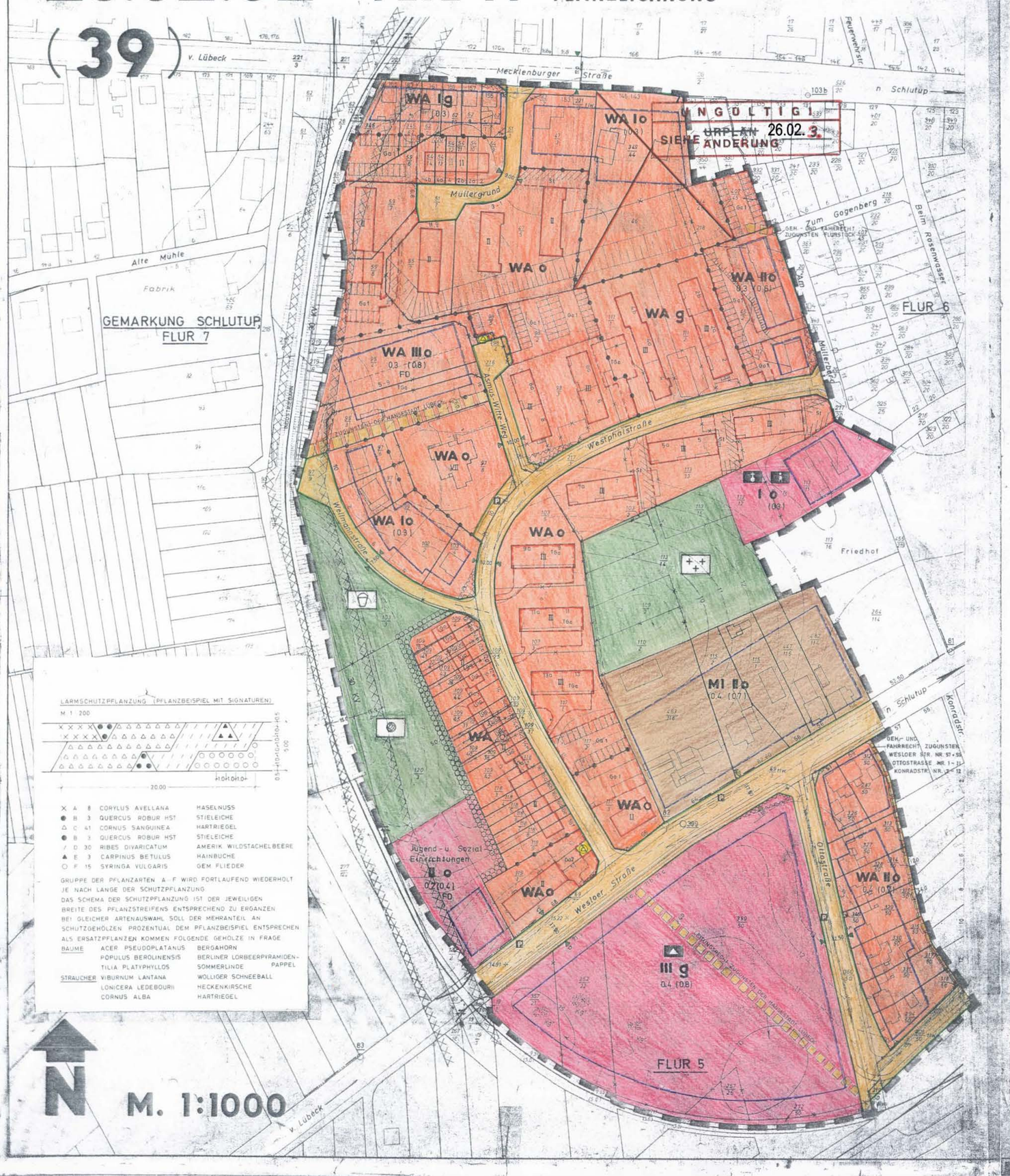
26.02.02 TEIL A PLANZEICHNUNG

(39)



LÄRMSCHUTZPFLANZUNG (PFLANZBEISPIEL MIT SIGNATUREN)

M. 1:200

X A	8	CORYLUS AVELLANA	HASELNUSS
● B	3	QUERCUS ROBUR HST	STIELEICHE
△ C	41	CORNUS SANGUINEA	HARTRIEGEL
● B	3	QUERCUS ROBUR HST	STIELEICHE
/ D	30	RIBES DIVARICATUM	AMERIK. WILDSTACHELBEERE
▲ E	3	CARPINUS BETULUS	HAINBUCHE
○ F	15	SYRINGA VULGARIS	GEM. FLIEDER

GRUPPE DER PFLANZARTEN A - F WIRD FORTLAUFEND WIEDERHOLT JE NACH LÄNGE DER SCHUTZPFLANZUNG.

DAS SCHEMA DER SCHUTZPFLANZUNG IST DER JEWEILIGEN BREITE DES PFLANZSTREIFENS ENTSPRECHEND ZU ERGÄNZEN.

BEI GLEICHER ARTENAUSWAHL SOLL DER MEHRANTEIL AN SCHUTZGEHÖLZEN PROZENTUAL DEM PFLANZBEISPIEL ENTSPRECHEN.

ALS ERSATZPFLANZEN KOMMEN FOLGENDE GEHÖLZE IN FRAGE:

BÄUME	ACER PSEUDOPLATANUS	BERGAHORN	
	POPULUS BEROLINENSIS	BERLINER LORBEERPYRAMIDEN-PAPPEL	
	TILIA PLATYPHYLLOS	SOMMERLINDE	
STRÄUCHER	VIBURNUM LANTANA	WOLLIGER SCHNEEBALL	
	LONICERA LEDEBOURII	HECKENKIRSCHE	
	CORNUS ALBA	HARTRIEGEL	

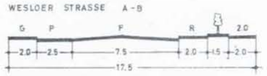
ZEICHENERKLÄRUNG

PLANZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN	RECHTSGRUNDLAGE
FESTSETZUNGEN		
ART DER BAULICHEN NUTZUNG		§ 9 ABS. 1 NR. 1a BBauG
WA	ALLGEMEINE WOHNGEBIETE	§ 4 BauNVO
MI	MISCHGEBIETE	§ 6 BauNVO
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG		§ 9 ABS. 1 NR. 1a BBauG §§ 16 UND 17 BauNVO
Z.B. III	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE	
Z.B. 0.4	GRUNDFLÄCHENZAHL	
Z.B. (0.7)	GESCHOSSFLÄCHENZAHL	
BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN		§ 9 ABS. 1 NR. 1b BBauG §§ 22 UND 23 BauNVO
o	OFFENE BAUWEISE	
	NUR HAUSGRUPPEN ZULÄSSIG	
g	GESCHLOSSENE BAUWEISE	
	BAULINIE — BAUGRENZE	
FD	FLACHDACH	
BAULICHE ANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF		§ 9 ABS. 1 NR. 11 BBauG
	SCHULE	
	KIRCHE (PASTORAT)	
	KINDERTAGESSTÄTTE	
VERKEHRSFLÄCHEN		§ 9 ABS. 1 NR. 3 BBauG
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN	
P	ÖFFENTLICHE PARKPLÄTZE	
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE, BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN	
FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN		§ 9 ABS. 1 NR. 5 BBauG
	UMFORMERSTATION	
GRÜNFLÄCHEN		§ 9 ABS. 1 NR. 8 BBauG
	FRIEDHOF	
	SPIELPLATZ	
	TUMMELPLATZ	
	ANPFLANZUNGS- BZW. ERHALTUNGSGEBOT	§ 9 ABS. 1 NR. 15+16 BBauG
SONSTIGES		
	FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN	§ 9 ABS. 1 NR. 1e BBauG
St	STELLPLÄTZE	
Ga1 Ga2	GARAGEN IN EINER BZW ZWEI EBENEN	
TGa	TIEFGARAGEN	
	MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGS-RECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHE	§ 9 ABS. 1 NR. 11 BBauG
	BEGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG	§ 16 ABS. 4 BauNVO
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES B-PLANES	§ 9 ABS. 5 BBauG
	VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE GRUNDSTÜCKE (VORGÄRTEN)	§ 9 ABS. 1 NR. 2 BBauG
KENNZEICHNUNGEN U. NACHRICHTL. ÜBERNAHMEN		
AUS ANDEREN GESETZEN GEM. § 9 ABS. 3 U. 4 BBauG		
	HOCHSPANNUNGSLEITUNGEN MIT SCHUTZSTREIFEN	§ 4 ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ
	UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, BEI DEREN BEBAUUNG BESONDERE BAULICHE VORKEHRUNGEN ERFORDERLICH SIND	§ 9 ABS. 3 BBauG
DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER		
	FLURGRENZE	
	FLURSTÜCKSGRENZE	
	EIGENTUMSGRENZE	
	IN AUSSICHT GENOMMENE GRENZE	
	WEGFALLENDE GRENZE	
ZB. 104.91	HÖHE ÜBER N.N.	
	VORHANDENE GEBÄUDE	
	SICHTWINKEL	

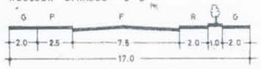
WEITERE SIGNATUREN SIEHE KATASTERVORSCHRIFTEN !

STRASSENPROFILE

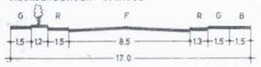
WESLOER STRASSE A - B



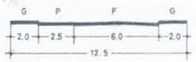
WESLOER STRASSE C - D



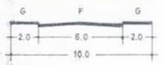
MECKLENBURGER STRASSE



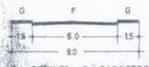
OTTOSTRASSE



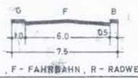
WESTPHALSTR. - WELLMANNRING



MÜLLERGRUND



WELLMANNRING



G - GEHWEG, P - PARKSTREIFEN, F - FAHRBAHN, R - RADWEG, B - BANKETT

TEIL B TEXT

1. NEBENANLAGEN

IN DEN WA - GEBIETEN AN DEN STRASSEN MÜLLERGRUND, WELLMANNRING UND WESTPHALSTRASSE SIND NEBENANLAGEN IM SINNE DER §§ 14 UND 23 (5), SOWIE AUSNAHMEN NACH § 4 (3) BauNVO AUSGESCHLOSSEN.

2. HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN

2.1 DIE HÖHENLAGE ÜBER BEZUGSPUNKT (2.3) BETRÄGT BEI:

EINGESCHOSSIGEN WOHNGEBÄUDEN	max. 0.55 m.
MEHRGESCHOSSIGEN "	max. 1.20 m.
NEBENGEBÄUDEN	max. 0.20 m.

2.2 DIE UNTER 2.1 AUFGEFÜHRTEN HÖHENLAGEN GEBEN DIE HÖCHSTMASSE ZWISCHEN BEZUGSPUNKT (2.3) UND OBERKANTE ERDGESCHOSSFUSSBODEN IN DER MITTE DER STRASSENSEITIGEN GEBÄUDEFRONT AN.

2.3 BEZUGSPUNKT IST:

2.31 BEI EBENEM GELÄNDE, DIE OBERKANTE DER STRASSENMITTE GEGENÜBER DER MITTE DER STRASSENSEITIGEN GEBÄUDE-FRONT.

2.32 BEI ANSTEIGENDEM GELÄNDE, DIE OBERKANTE DER STRASSENMITTE VERMEHRT UM DAS MASS DER NATÜRLICHEN STEIGUNG GEGENÜBER DER MITTE DER STRASSENSEITIGEN GEBÄUDEFRONT.

2.331 BEI ABFALLENDEM GELÄNDE DIE OBERKANTE DER STRASSEN-MITTE, SOWEIT DIE STRASSENSEITIGE GEBÄUDEFRONT EINE ENTFERNUNG VON 20m ZUR STRASSENBEGRENZUNGSLINIE NICHT ÜBERSCHREITET.

2.332 BEI ABFALLENDEM GELÄNDE DIE OBERKANTE DER STRASSEN-MITTE VERMINDERT UM DAS MASS DES NATÜRLICHEN GEFÄLLES ZUR MITTE DER STRASSENSEITIGEN GEBÄUDEFRONT, SOWEIT DIESE EINE ENTFERNUNG VON 20m ZUR STRASSENBEGRENZUNGS-LINIE ÜBERSCHREITET.

3. EINFRIEDIGUNGEN

AN DEN VERKEHRSFLÄCHEN (BEI EINBAU VON MÜLLSTÄNDEN BZW. - SCHRÄNKEN IN DIE PFEILER VON EINFRIEDIGUNGEN IM BEREICH DER ZUFAHRTSTORE KÖNNEN FÜR DIESE ENTSPRECHEND HOHE PFEILER ZUGELASSEN WERDEN § 31.1 BBauG)	BIS 0.80 m.
FÜR BAUGRUNDSTÜCKE UNTEREINANDER	BIS 0.90 m.
AN ANDEREN FLÄCHEN (GRÜNFLÄCHEN, FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF USW.) HÖHE ZULÄSSIG.	BIS 1.35 m

~~4. HOCHSPANNUNGSLEITUNG~~

~~FÜR BAUTEN, DIE INNERHALB DER FLÄCHE DES SICHERHEITS-STREIFENS DER HOCHSPANNUNGSLEITUNG ERRICHTET WERDEN SOLLEN, SIND BESONDERE BAULICHE VORKEHRUNGEN UND SICHERHEITSMASSNAHMEN ERFORDERLICH. ZWECKS FESTSETZUNG DIESER VORKEHRUNGEN UND MASSNAHMEN IST DER ENERGIE-TRÄGER WÄHREND DES BAUGENEHMIGUNGSVERFAHRENS EINZUSCHALTEN.~~

5. SICHTWINKEL

DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN INNERHALB DES SICHTWINKELS SIND GÄRTNERISCH ZU GESTALTEN. DER BEWUCHS AUF DIESEN FLÄCHEN IST NUR BIS ZU EINER HÖHE VON 0.70 m ÜBER DER ZUGEORDNETEN STRASSENVERKEHRS-FLÄCHE ZULÄSSIG.

6. ANPFLANZUNGSGEBOT

SIEHE UNTEN LINKS LÄRMSCHUTZPFLANZUNG

SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK ÜBER DIE 2. ÄNDERUNG (NEUAUFSTELLUNG) DES BEBAUUNGSPLANES SCHLUTUP - MÜLLERBERG 26.02.02

in der Neufassung vom 18.8.1976

Auf Grund des § 2 Abs. 6 in Verbindung mit § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2221) des Gesetzes über baugestalterische Festsetzungen vom 10. Apr. 1969 (GVBl. Lübeck S. 43) in der Fassung der Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Dezember 1960 wird nach Beschlußfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 29.9.1977 und vom 25.5.1978 (Änderungsbeschluß gem. Erlaß des Innenministers v. 16.1.1978) die Satzung, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Text), über die Änderung des Bebauungsplanes 26.02.02 erlassen.

Die Genehmigung dieser Satzung über die Änderung des Bebauungsplanes 26.02.02 bestehend aus der Planzeichnung und dem Text wurde nach § 11 BBauG mit Erlaß des Innenministers vom 16.1.1978 Az. IV B10b-512 111-3-(26.02) erteilt.	Lübeck, den 25. AUG. 1978
Die Erfüllung der Auflagen und Hinweise wurde mit Erlaß des Innenministers vom 10.11.1978 Az. IV B10c-512 113-3-(26.02) bestätigt. Die Satzung wird hiermit ausgefertigt. L.S.	GEZ. DR. KNÜPPEL Der Bürgermeister
Entworfen und aufgestellt nach § 4 Abs. 1 BBauG auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Bürgerschaft vom 23.3.1972	Lübeck, den 27. OKT. 1977 Der Senat der Hansestadt Lübeck Stadtplanungsamt i.V. i.A. L.S. GEZ. SCHMIDT (SCHMIDT) GEZ. FRIEDRICH (FRIEDRICH)
Der katastermäßige Bestand am 10.8.77 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.	Lübeck, den 19.10.1977 Katasteramt L.S. GEZ. SPEIERMANN
Der Entwurf der Änderung des Bebauungsplanes 26.02.02 bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, sowie die Begründung haben in der Zeit vom 5.8.74 bis zum 6.9.74 nach vorheriger am 24.7.74 abgeschlossener Bekanntmachung mit dem Hinweis, daß Anregungen und Bedenken in der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, öffentlich ausgelegen.	Lübeck, den 27. OKT. 1977 Der Senat der Hansestadt Lübeck Stadtplanungsamt i.A. L.S. GEZ. FRIEDRICH (FRIEDRICH)
Die Begründung zur Änderung des Bebauungsplanes wurde durch Beschlüsse Bürgerschaft vom 29.9.1977 gebilligt 25.5.1978	Lübeck, den 20.6.1978 Der Senat der Hansestadt Lübeck Stadtplanungsamt i.A. L.S. GEZ. FRIEDRICH (FRIEDRICH)
Diese Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) ist am 31.8.78 (gut der bewirkten Bekanntmachung der Genehmigung sowie des Ortes und der Zeit der Einsichtsmöglichkeit rechtsverbindlich geworden. Die Änderung des Bebauungsplanes kann von diesem Zeitpunkt an zusammen mit ihrer Begründung von jedermann eingesehen werden. L.S.	Lübeck, den 31.8.1978 Der Senat der Hansestadt Lübeck Stadtplanungsamt i.A. GEZ. FRIEDRICH (FRIEDRICH)